DIE TAGESZEITUNG unge Welt



»Wir machen aus unseren Kindern **Psychopathen«**

Gespräch mit Neurobiologin Gertraud Teuchert-Noodt. Über Hirnschäden durch digitale Medien, »notreifende« Smartphonejunkies und Schulen als Lernvereitler

faulheit & arbeit

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 19./20. JANUAR 2019, NR. 16 · 2,10 EURO (DE), 2,30 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE



■ in Großbündnis von mehr als 40 Klima- und Umweltver-■ bänden, NGOs, Landwirten und Verbraucher- sowie Tierschützern mobilisiert am Sonnabend in Berlin gegen die Agrarindustrie und die EU-Subventionspolitik im Dienste der Konzerne. Zehntausende werden erwartet, wenn unter dem Motto »Wir haben es satt!« wieder für »eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für Klimagerechtigkeit und gutes Essen«, wie es im Protestaufruf heißt, demonstriert wird. Mit etlichen Aktionen, Reden und einer Großdemonstration geht es gegen die Macht der Agrar- und Lebensmittellobby sowie die Benachteiligung von Kleinbauern und nachhaltiger Alternativen.

Gründe für Protest gibt es genug: Das romantisierte Bild der klassisch bäuerlichen Landwirtschaft, das die Industrie verbreitet, kaschiert etwa, dass hier nur einzelne Player das Sagen haben. »Viele wissen nicht, dass weite Teile des Ernährungssektors zwischen wenigen Konzernen aufgeteilt sind«, heißt es etwa im »Konzernatlas 2017«, der u. a. von der Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Oxfam herausgegeben wurde. »Und der Trend zur Machtkonzentration geht weiter.«

Nicht ökologische Standards oder die Interessen von Beschäftigten auch »grüner« Konsum oder Life-

die Profite lassen sie Millionen von Tieren töten, nicht zu vergessen die Ausbeutung von Arbeitern, die für die zehrende »Produktion« von Fleisch meist knapp über Mindestlohn bezahlt werden. Daran haben oder Tieren sind hier daher entschei- style-Veganismus wenig geändert,

Fragen der Ökologie oder Klimapolitik sind immer auch Klassen- und Systemfragen.

dend. Nein, knallharte Profitinteressen sind der Grund für verschärfte Konkurrenz und Preiskämpfe, den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat, Naturzerstörung oder »Billigfleisch«.

So zum Beispiel in der Fleischindustrie, in der eine Handvoll Unternehmen den Markt unter sich aufteilen. Sie gelten als Mitverursacher des Klimawandels, stoßen massenhaft CO₂ und Feinstaub aus, lassen Regenwälder abholzen. Für mitunter nutzen die Fleischkonzerne sie sogar schlicht zur Erweiterung ihrer Produktpalette.

Vor allem die Agrarpolitik der Europäischen Union steht im Zentrum der Proteste. Denn die, so die Organisatoren, bevorteile systematisch die Industrie. Im Rahmen ihrer »Gemeinsamen Agrarpolitik«, kurz »GAP«, stellt die EU zwischen 2014 und 2020 jährlich rund 6,2 Milliarden Euro an Mitteln zur Verfügung. Ein Teil dessen fließt in die Förderung ökologischer Landwirtschaft, der Großteil indes in Direktzahlungen an Landwirte, die je nach Hektar landwirtschaftlicher Fläche gewährt werden. Heißt: Wer mehr Land hat, bekommt mehr Geld. »Schluss mit den Steuermilliarden an die Agrarindustrie!« lautet daher eine Kernforderung der Proteste. Bei der Neugestaltung der GAP sollten Kleinbauern und ökologische Landwirtschaft stärker berücksichtigt werden.

Fragen der Ökologie oder Klimapolitik sind immer auch Klassen- und Systemfragen: Nicht nur die Monopolisierung des Marktes, die Begünstigung der Konzerne oder ihre Lobby sind das Problem - die Profitmacherei selbst ist letztlich der Grund für Naturzerstörung, Pestizideinsatz und Verschleiß von Arbeitskräften oder Tieren.

- Demo »Wir haben es satt«, Auftakt 12 Uhr, Brandenburger Tor, Berlin
- wir-haben-es-satt.de
- Siehe Seiten 3 und 5

Warnhinweise ignoriert: Wie ein syrischer Flüchtling frühzeitig auf Anis Amri aufmerksam machte

Am Ziel

Markus Söder wird CSU-Vorsitzender. Eine Biographie über den Mann für die Leberkäs-Etage

BRD-Außenminister trifft Lawrow in Moskau



Moskau. Bundesaußenminister Heiko Maas hat bei seinem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow am Freitag eindringlich an Russland appelliert, im Streit über das Verbot atomarer Mittelstreckenraketen einzulenken. Die NATO hatte Russland vorgeworfen, durch neue Marschflugkörper mit 500 bis 5.500 Kilometern Reichweite gegen den mehr als 30 Jahre alten INF-Vertrag zu verstoßen. Bei einer Pressekonferenz sagte Maas: »Wir sind der Auffassung, dass Russland den Vertrag retten kann.« Lawrow kommentierte, dass das Abkommen »sehr transparent« eingehalten werde. Moskaus Vorschlag, dass US-amerikanische Experten die Waffen untersuchen und kontrollieren könnten, sei von Washington abgewiesen worden. Die jüngsten Gespräche zwischen den USA und Russland zur Rettung des Abkommens waren am Dienstag ohne Ergebnis geblieben.

(AFP/jW)

Maghrebstaaten als »sicher« eingestuft

Berlin. Der Bundestag hat der Einstufung der Maghrebländer Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgiens als sichere Herkunftsstaaten mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung votierten am Freitag in namentlicher Abstimmung 509 Abgeordnete, dagegen waren 138 bei vier Enthaltungen. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte dafür geworben: So würden die Verfahren und im Fall einer Ablehnung die Abschiebungen beschleunigt. Die Regelung kann nur in Kraft treten, wenn auch der Bundesrat zustimmt. Dies scheiterte schon einmal am Widerstand der Grünen in der Länderkammer. Die Organisation Pro Asyl erklärte am Freitag, die Entscheidung widerspreche den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, wonach Sicherheit vor Verfolgung »landesweit und für alle Personen- und Bevölkerungsgruppen bestehen« müsse.

(AFP/jW)





Auf Linie

DGB zeigt sich mit Regierungsarbeit zufrieden. Kampagne für EU geplant. Kommentar auf Seite 8

Auf Durchzug